

Mandantenfragebogen Kündigungsschutzsache

Persönliche Daten

Arbeitnehmer

Name: _____

Anschrift: _____

(Telefon, Telefax, E-Mail, Mobiltelefon):

Geburtsdatum:

Familienstand:

Anzahl und Alter unterhaltspflichtiger Kinder:

Ggf. Schwerbehinderung oder Gleichstellung:

Bruttomonatsgehalt inkl. aller Nebenleistungen (zur Privatnutzung überlassener Dienstwagen, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, 13. Gehalt etc.):

Beginn des Arbeitsverhältnisses: _____

Bei befristeten Arbeitsverhältnissen: _____

Dauer (Wochenarbeitszeit) und Art der zuletzt ausgeübten Tätigkeit (bitte schildern Sie möglichst genau, welche Tätigkeit Sie ausüben und wie der Arbeitgeber diese Tätigkeit/Funktion bezeichnet):

Ort der zuletzt ausgeübten Tätigkeit: _____

Status:

leitender Angestellter / Arbeiter / Angestellter

(Sind Sie zur selbstständigen Einstellung oder zur selbstständigen Entlassung von Arbeitnehmern berechtigt und machen sie von dieser Berechtigung auch tatsächlich alleinverantwortlich Gebrauch?)

Gewerkschaftsmitglied? Ja Nein

Rechtsschutzversicherung:
(Anschrift, Versicherungsnummer)

Arbeitgeber:

Name: _____

Firmierung (GmbH, AG etc.): _____

Anschrift / Sitz: _____

(Telefon, Telefax, E-Mail, Internetadresse):

Vertretungsberechtigung (Wer ist Geschäftsführer/Vorstand/Inhaber etc.):

Belegschaftsstärke (Unternehmen)

Belegschaftsstärke Betrieb (sollten weniger als 15 Mitarbeiter beschäftigt sein, so nennen Sie alle Mitarbeiter namentlich, denken Sie bitte auch an Aushilfen, wie Reinigungskräfte etc.)

Ist das Unternehmen Mitglied im Arbeitgeberverband, wenn ja, in welchem:

Zugang der Kündigung

Wann und wie haben Sie das Original (keine Kopie/kein Telefax/keine E-Mail) der Kündigung erhalten?:

Wer hat die Kündigung (Name und Funktion) unterschrieben:

*Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich das Merkblatt
„Hinweise zur Datenverarbeitung“ erhalten habe.*

Existiert ein Betriebsrat/Sprecherausschuss/Personalrat, wenn ja, nach Möglichkeit Name/Telefon und Anschrift des/der Betriebsratsvorsitzenden:

Sind oder waren Sie schwerbehindert, schwanger, Mutter/Vater eines Kindes unter 2 Jahren und in Teilzeit arbeitend/Mitglied eines Betriebsrates, einer Jugend- und Auszubildendenvertretung, einer Bordvertretung oder eines Seebetriebsrates, Mitglied eines Wahlvorstandes, Bewerber bei Betriebsrats- oder Aufsichtsratswahlen:

Ist ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot mit dem Arbeitsgeber vereinbart worden:

Besteht Anspruch auf betriebliche Altersversorgung, wenn ja, so fügen Sie bitte die Versorgungsordnung/Versorgungszusage o.ä. bei:

Auflistung aller sonstiger offener oder bald entstehender Ansprüche (vornehmlich Vergütung (z.B. Gratifikation, 13. Oder 14. Monatsgehalt, Urlaubsentgelt und Urlaubsgeld, Provision, Tantieme, Spesenvorschuss, Jubiläumsgeld/Zahlung), Urlaub, Darlehen, Firmen-Pkw, Umzugs-, Ausbildungskosten, Werkswohnung, Zeugnis, Schadensersatz, Arbeitnehmererfindungsansprüche, Herausgabe von Arbeitsmitteln, Arbeitspapiere etc.).

Wissen Sie, wie viele Kündigungen in den letzten Monaten vom Arbeitgeber ausgesprochen worden sind?

Wissen Sie, wie viele Aufhebungsverträge in den letzten Monaten vom Arbeitgeber geschlossen worden sind?

Wissen Sie, ob ein Sozialplan/Interessenausgleich existiert oder ob Verhandlungen über einen Interessenausgleich/Sozialplan aktuell geführt werden?

Gibt es sonstige besondere Umstände?

Fühlen Sie sich im Vergleich zu anderen Arbeitnehmern ungleich behandelt, gab es Fälle, die Sie als Diskriminierung/Mobbing/sexuelle Belästigung/Rassismus usw. einordnen würden?

Weiter bitten wir um Überlassung einer Kopie der Kündigung, des Arbeitsvertrages sowie aller sonst aus ihrer Sicht relevanten Unterlagen.

Schließlich bitten wir um Unterzeichnung der anliegenden beiden Vollmachten, die wir ggf. benötigen, um Ihre Ansprüche durchzusetzen.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass nach § 12 a ArbGG die Kostenerstattung in arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzungen der ersten Instanz grundsätzlich ausgeschlossen ist. Dies bedeutet, dass Sie unabhängig vom Ausgang des Verfahrens, also auch wenn Sie gewinnen sollten, die Kosten des von Ihnen beauftragten Rechtsanwalts selbst zu tragen haben, soweit keine Rechtsschutzversicherung für diese Kosten aufkommt.

Auf die grundsätzliche Möglichkeit, Prozesskostenhilfe/Beratungshilfe zu erhalten, haben wir Sie hingewiesen, ebenso sind Sie darüber informiert, dass Sie sich nach Zugang einer Kündigung unverzüglich, regelmäßig innerhalb einer Woche, beim zuständigen Arbeitsamt arbeitssuchend melden müssen.

Sollten Sie weitere Schreiben vom Arbeitgeber erhalten, so senden Sie diese bitte unverzüglich in Kopie an uns. Sollten Sie den Eindruck gewinnen, es könnte sich um eine Kündigung handeln, so nehmen Sie bitte sofort Kontakt mit uns auf.

Sollten Sie weitere Schreiben Ihres Arbeitgebers erhalten, mit denen dieser erneut kündigt, Ansprüche zurückweist oder ähnliche Erklärungen abgibt, so informieren Sie uns bitte unverzüglich.

.....
Ort, Datum

Unterschrift

Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: **Rechtsanwälte**

Wöhrle & Paulus

Marktstraße 24

89537 Giengen

Tel. 07322 / 95774-0

Fax 07322 / 95774-29

E-Mail kanzlei@woehrle-paulus.de

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandattieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an:

kanzlei@woehrle-paulus.de